

Kommentar: Zeit für klare Worte

Es tut sich etwas in unserer Gesellschaft dank der Jugendlichen, die sich seit mehreren Wochen an den „Fridays for Future“-Protesten beteiligen. Es gilt, diese Anliegen der Schülerinnen und Schüler ernst zu nehmen. Dringend müssen wir alle gemeinsam umdenken, und zwar sofort. Es ist Zeit für Maßnahmen, die die seit Langem bekannten Probleme endlich anpacken. Ein Ansatz sollte eine radikale Verkehrswende sein. Stattdessen werden die Grenzwerte für Dieselfahrzeuge schon wieder gelockert, verhängte Fahrverbote aufgehoben. In vielen unserer Nachbarländer gibt es ein Tempolimit auf Autobahnen, hier hätte die Bundesregierung längst nachziehen müssen. Im Übrigen meines Erachtens auch ein Versäumnis der dort vertretenen Mitglieder meiner Partei.

Des Weiteren muss u.a. der ÖPNV viel stärker ausgebaut werden, um den Verkehrskollaps im Ballungsraum München zu vermeiden. Wir stehen zusammen vor der Aufgabe, in einer stetig wachsenden Region für ein „gesundes“ Wachstum in den Bereichen Wohnen, Schulen, Kindergärten, Nahversorgung und Gewerbe zu sorgen. Die Freitagsdemos legen den Finger in eine Wunde unserer Gesellschaft. Doch bevor man diskutiert, ob und wie das Schwänzen der Jugendlichen geahndet werden soll, müssen wir schleunigst Lösungen finden. Wir sind es den nächsten Generationen schuldig, schließlich sind wir für den Status quo mitverantwortlich. Packen wir es an!

Maximilian Weiß

Editorial

wir freuen uns, Ihnen eine neue Ausgabe der I.f.O präsentieren zu können. Im Übrigen handelt es sich dabei um ein Jubiläum, es ist nämlich die 50. Ausgabe. Vielen Dank an alle, die sich in den vergangenen Jahren an der Erstellung beteiligt haben.

Bei unserer Mitgliederversammlung im Februar wurde ich zum neuen Ortsvereinsvorsitzenden der SPD gewählt. Es freut mich, dass mir dieses Vertrauen entgegengebracht wurde. Wir haben insgesamt eine „Verjüngung“ der Vorstandschaft vollzogen und meines Erachtens ein sehr gutes Team aufgestellt.

Ein großes Dankeschön ergeht an das bisherige Vorstands-Duo Klaus Hornung und Christine Fichtl-Scholl für die geleistete Arbeit! Die SPD Oberschleißheim ist den beiden äußerst dankbar, dass sie weiterhin als Beisitzer im erweiterten Vorstand mitarbeiten.

Im Ort gibt es aktuell vornehmlich ein Thema - die Straßenunterführung. Bürgermeister Kuchlbauer hat dazu übrigens keine eigene Meinung. Die SPD schon! Wir sprechen uns gegen dieses Vorhaben der Bürgerinitiative rund um die Freien Wähler aus, die genauen Gründe entnehmen Sie bitte den Ausführungen unseres Fraktionssprechers Florian Spirkl.

Daneben informieren wir Sie unter anderem über die Bedeutung des Hallenbades und die angemessene Ausstattung unserer Vereine. Darüber hinaus legen wir dar, weshalb die SPD bei der Raumbedarfsplanung des Rathauses unbedingt die Öffentlichkeit einbeziehen will. Der Bürgermeister sieht dafür keine Notwendigkeit, er scheint die Bürgerbeteiligung nicht im Fokus zu haben.

Einen weiteren Schwerpunkt der gegenwärtigen politischen Arbeit bildet die anstehende Europawahl am 26.05.2019, der wir eine komplette Seite gewidmet haben. Bitte machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und stärken Sie die SPD!

An dieser Stelle lade ich Sie recht herzlich zur Veranstaltung „Wie geht es weiter mit Europa?“ mit dem SPD-Kandidaten Korbinian Rüger am 25.04.2019 ins Bürgerzentrum ein. Los geht es um 20:00 Uhr.

Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr
Maximilian Weiß
1. Vorsitzender



Unser Hallenbad – ein Stück Lebensqualität

Der Gemeinderat Oberschleißheim ist sich grundsätzlich darüber einig, dass unser Hallenbad erhalten werden soll. In den Haushalt 2019 wurden mit den Stimmen aller Fraktionen für die Jahre 2019/2020 7,3 Mio. Euro für eine Sanierung eingestellt, etwa 4 Mio. davon können über öffentliche Förderprogramme finanziert werden.

Die SPD Oberschleißheim freut sich sehr darüber, dass alle anderen Fraktionen im Gemeinderat inzwischen einsehen, von welcher großer Bedeutung unser Hallenbad als kommunale Infrastruktureinrichtung für unsere Bevölkerung ist. Das war nicht immer so!

Als Ende der 1990er-Jahre eine größere Sanierung unseres 1972 gebauten Hallenbades anstand, haben Grüne, UWG und Bürgerbund/FWG (heute Freie Wähler), FDP und CSU (ohne Gemeinderat Schellner) versucht, die Schließung unseres Bades zu erwirken. Sie sahen es nur einseitig als Kostenfaktor, nicht als unverzichtbare Einrichtung der Daseinsvorsorge wie die SPD.

Zur Sanierung oder völligen Umgestaltung des Hallenbades gab es zwei Gutachten. Das Erste stellte fest, dass es mit einem Aufwand von weniger als einer Million DM an bautechnischen Reparaturen mittelfristig weiter betrieben werden könne. Das Zweite sah einen Komplettumbau in ein luxuriöses Fun- und Wellnessbad für 14 Mio. DM vor,

alleine die erste Ausbaustufe hätte mehr als 5 Mio. DM verschlungen.

Über das Thema Hallenbad kam es im Jahr 2001 auf Antrag des Ortsvereins der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) zum ersten Bürgerbegehren in Oberschleißheim überhaupt. Es wurde darin schlicht und einfach gefragt, ob „das Hallenbad Oberschleißheim weiter betrieben und saniert werden soll“. Die DLRG hat dazu damals unmissverständlich erklärt, dass sie mit einer bautechnischen Instandhaltung des Bades voll und ganz zufrieden sei und kein Fun- und Wellnessbad wünsche. Unterstützt wurde das Bürgerbegehren nur von der SPD.

Um das Bürgerbegehren der DLRG „auszuhebeln“, stellte die Front der Hallenbad-Gegner aus Grünen, UWG und Bürgerbund/FWG (FW), FDP und CSU ein Ratsbegehren dagegen. Der irreführende Text lautete: „Soll das 1972 in einfacher Bauweise errichtete und zwischenzeitlich veraltete Hallenbad in den kommenden Jahren noch saniert werden, wenn dafür nach Schätzung der Sachverständigen auf jeden Fall 5 Millionen DM netto aufgebracht werden müssen?“.

Allen Parteien im Gemeinderat war völlig klar, dass ein Fun- und Wellnessbad für 14 Mio. DM für Oberschleißheim nicht finanzierbar sein würde. Es standen daher auch keine 5 Mio. DM für das Hallenbad im Raum, sondern nur

maximal 1 Mio. für die bautechnische Sanierung. Mit dem Ratsbegehren von Grünen, UWG und Bürgerbund/FWG (FW), FDP und CSU wurde der falsche Eindruck erweckt, dass die hohen Investitionen in das Hallenbad über Jahre hinweg andere wichtige Baumaßnahmen unmöglich machen würden.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde haben 2001 klar gemacht, was sie vom Ratsbegehren von Grünen, UWG und Bürgerbund/FWG (FW), FDP und CSU halten: Gar nichts! Mit einer überwältigenden Mehrheit von 78 Prozent stimmten sie für den Erhalt und eine maßvolle Sanierung des Bades, wie es die DLRG mit ihrem Bürgerbegehren - im Gemeinderat nur unterstützt von der SPD - gefordert hatte. Seither ist unser Bad 18 Jahre lang ohne größere technische Probleme weiter betrieben worden. Mit der jetzt bevorstehenden Sanierung werden wir ein Stück Lebensqualität in unserer Gemeinde weiter erhalten.



Erich Elsner
Gemeinderat

Kein Verständnis für den praktischen Sportbetrieb?

Eine umfangreiche Liste von Anträgen verschiedener Vereine und Institutionen wurde im Finanzausschuss zum Haushalt 2019 bis auf wenige Ausnahmen ohne große Diskussionen positiv beschieden. Zu diesen Ausnahmen gehörte leider der Antrag des FC Phönix auf Beschaffung von Ersatzspielerbänken mit Wetterschutz für den Allwetterplatz (AWP). Nachdem Bürgermeister Kuchlbauer, die Freien Wähler und die Mehrheit der CSU-Gemeinderäte schon mit allen Mitteln versucht hatten, den Bau des AWP zu verhindern, war es nicht weiter überraschend, dass sie auch den Antrag des FC Phönix zur Beschaffung von Ersatzspielerbänken ablehnten. Ausschlaggebend war dann aber, dass zudem die Grünen gegen den FC Phönix gestimmt haben und somit eine Mehrheit von 8:5

gegen SPD, FDP und einen CSU-Gemeinderat zustande kam.



Wenig hilfreich war die Anmerkung aus den Reihen der Freien Wähler, Bierbänke würden ja wohl ausreichen. Vielleicht sollten sich die Freien Wähler, die Grünen und die CSU einmal die Mühe ma-

chen, bei widrigen Wetterbedingungen mit Regen, Kälte und Wind das Fußballspiel einer Schülersmannschaft im Grundschulalter zu besuchen, um eine Vorstellung vom praktischen Sportbetrieb einer Freiluftsportart zu bekommen. Die Notwendigkeit der Beschaffung von Ersatzspielerbänken mit Wetterschutz würde sich ihnen dann sicher auch erschließen.

Die SPD hat sich seit Jahrzehnten für gute Sportanlagen mit einer angemessenen Ausstattung in Oberschleißheim eingesetzt und wird das definitiv weiterhin mit Nachdruck tun.

Erich Elsner
Gemeinderat



Harald Kirch stellt Oberschleißheimer Vereine vor: **Die Musikvereinigung / Teil 2- Die Volksmusikgruppe „Fleckerlteppich“**

Neben der Blaskapelle und dem Spielmannszug ist die Musikgruppe „Fleckerlteppich“ die 3. Abteilung im Verbund der Musikvereinigung. Der Name „Fleckerlteppich“ ist dabei Programm: mehrere, immer wieder einmal wechselnde Gruppen sind lose zusammengeknüpft. Er erklärt auch die Entstehung: Als im Jahre 1980 die Musikvereinigung Oberschleißheim gegründet wurde, war die Volksmusikgruppe eine der drei tragenden Säulen; damals von Ludwig Tremmel musikalisch geleitet. Während sich die Blaskapelle und die „Schloßpfeiffer“ konstant weiter entwickelten, war die Volksmusik nach 20 Jahren jedoch weitgehend von der Bildfläche verschwunden. Es ist Sigrid Süß zu verdanken dass im Jahre 2002 eine Wiederauferstehung der Volksmusik stattgefunden hat. Frau Süß hat bestehende lose Formationen am Ort oder auch einzelne Musikanten wie einen Fleckerlteppich zusammengefügt.



Heute, 17 Jahre später, hält sie die Fäden immer noch in der Hand, hat der Volksmusik ihre Marke aufgedrückt.

Alphörner hinzugesellt. Der alte Brauch der „Musik im Wirtshaus“ ist von der Gruppe wiederbelebt worden. So spielt man regelmäßig in Wirtsstuben, Biergärten oder auch Museen und Galerien. Schleißheim darf sich auch 2019 freuen so eine engagierte Musikgruppe bei den verschiedensten Anlässen hören zu können, Sigrid Süß und dem "Fleckerlteppich" sei Dank! Die Volksmusik „Fleckerlteppich“ freut sich auf jedes neue Mitglied, Kontakt: Sigrid.Suess@MVO-eV.de oder Telefon: 0170 /6874290

Erni Laus im "WIR"



Erni Laus (1937 - 2018) war über 50 Jahre SPD-Mitglied und 18 Jahre Gemeinrätin - und eine begeisterte Malerin. In ihrem Nachlass fanden sich 300 - 400 ihrer Bilder. Eine Auswahl ist noch bis Ende Mai im Quartiersladen "WIR" am Stutenanger 6 zu sehen. (Öffnungszeiten Di. 19 - 13, Do 10 - 16 Uhr.)

Kein Recht auf zügellose Spekulation mit Grund und Boden!

Bei der gegenwärtigen Diskussion um fehlende bezahlbare Wohnungen und die weiterhin exorbitant steigenden Preise für Bauland im Ballungsraum München wird von interessierter Seite mit allen Mitteln versucht, die Möglichkeiten zu einer rücksichtslosen, sicher nicht das Gemeinwohl achtenden Spekulation mit Grund und Boden zu erhalten. Ganz besonders in der Kritik steht in München das Instrument der „Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ (SEM) des Baurechts, mit dem die Stadt im Nordosten (Johanneskirchen-/Daglfing) bis vor kurzem versucht hat, ein neues Quartier für bis zu 30.000 Menschen voranzutreiben. Die SEM München Nord für den Bereich zwischen Ludwigsfeld, Feldmoching und der Fasanerie-Nord hat die Stadt München nach massiven Streitereien mit den Grundstückseigentümern und Anwohnerprotesten inzwischen fallen lassen. Kern der Auseinandersetzungen sind einige wichtige Ziele der SEM. Die Bodenspekulation im Zusammenhang mit großen Bauvorhaben soll erschwert werden. Weiter ist die Abschöpfung von Gewinnen, die

Forts. s.S. 4

SPD fordert öffentliche Behandlung der Raumbedarfsplanung für das Rathaus!

Da die Raumsituation im Rathaus äußerst angespannt ist und sich wegen Neueinstellungen weiter zuspitzt, erteilte der Gemeinderat der Verwaltung vor ein paar Monaten den Auftrag, eine Raumbedarfsplanung zu erarbeiten. Weitere Maßnahmen wurden nicht veranlasst.

Aber Bürgermeister Kuchlbauer beauftragte den Architekten Martin Reichart, Vorüberlegungen für die Umsetzung des vom Rathaus äußerst großzügig angesetzten Raumbedarfs in umfangreiche Baumaßnahmen anzustellen. In einer Sondersitzung des Gemeinderates am Wochenende (16.03.2019) wollte Bürgermeister Kuchlbauer in nichtöffentlicher Sitzung mit einem „Workshop“ die Ergebnisse diskutieren lassen. Für die SPD war völlig unverständlich, warum eine so wichtige Maßnahme der Ortsentwicklung in einer Form behandelt werden sollte, die unseren Bürgerinnen und Bürgern nur den Eindruck von

Geheimhaltung und Mauschelei vermitteln kann. Deshalb wurde auf Antrag der SPD die Sitzung für öffentlich erklärt. Herr Reichart hat dann seine Vorüber-



legungen zu zwei Varianten: einer Erweiterung und Sanierung des Rathauses am jetzigen Ort für gut 6 Mio. Euro oder die Verlegung mit einem Neubau auf den Parkplatz des Bürgerzentrums für 12 Mio. Euro kurz dargestellt. Da beide Vorschläge über viele Jahre

hinweg in den vorgestellten Varianten auch nicht näherungsweise finanzierbar sind, wollte der Gemeinderat anschließend mehrheitlich nicht über Details dieser Planungen diskutieren. Vordringlich ist es, möglichst schnell eine Verbesserung der Arbeitssituation für unsere Bediensteten im Rathaus zu schaffen! Die Verwaltung wurde auf Antrag der SPD vom Gemeinderat damit beauftragt, als kurzfristig realisierbare Maßnahme ein Statik-Gutachten für den Umbau des jetzigen Sitzungssaals des Rathauses in Büros einzuholen. Die Kosten für den Umbau liegen bei etwa 45.000 Euro. Eine Verlegung der Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse in die Konferenzräume des Bürgerzentrums oder bei Terminkollisionen in die Mensa der Mittelschule wurde mit nur einer Gegenstimme beschlossen. Am Ende der Sitzung fand noch ein kurzer Gedankenaustausch über Vor- und Nachteile langfristiger Lösungsvorschläge für die Raumprobleme des Rathauses statt.

Erich Elsner
Gemeinderat

Kein Recht auf zügellose... (Forts. v. S. 3)

allein dadurch entstehen, dass Baurecht geschaffen wird, auch für die soziale und verkehrliche Infrastruktur, wie Straßen oder Schulen, vorgesehen. Zur richtigen Bewertung der Spekulation mit Grund und Boden ist ein Blick in die Bayerische Verfassung (BV) zu empfehlen. Dort findet sich die Sozialbindung des Eigentums im Artikel 158: „Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. Offenbarer Missbrauch des Eigentums- oder Besitzrechts genießt keinen Rechtsschutz.“ Im Artikel 161 sind die Bodenverteilung und die Nutzung des Wertzuwachses von Grund und Boden geregelt. Danach wird „die Verteilung und Nutzung des Bodens von Staats wegen überwacht. Missbräuche sind abzustellen“. Die „Steigerungen des Bodenwerts, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen“. Nein, ein Recht auf die heute weit verbreitete, ungezügeltere Spekulation einiger weniger mit Grund und Boden gibt es nicht.

Oberschleißheim hat im Jahr 2016 einen Grundsatzbeschluss zur Beschaffung bezahlbaren Wohnraums für alle Bevölkerungsgruppen gefasst und eine Richtlinie für soziale Bodennutzung erlassen. Bei der Neuausweisung von Baugebieten müssen sich die von der Planung Begünstigten verpflichten, 30% der entstehenden Geschossfläche für Wohnnutzung zur Förderung sozialgebundenen Wohnungsbaus zu verwenden. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber in den Ballungsräumen nicht ausreichend.

Wie die Streitereien um die SEM in München zeigen, muss vom Gesetzgeber die Rechtsstellung der Kommunen gestärkt werden, um bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können.

Erich Elsner

Impressum: Herausgeber SPD-Ortsverein Oberschleißheim
V.i.S.d.P.: Dr. Peter Lemmen / Rotdornstr. 14d / 85764 Oberschleißheim /
Druck: flyeralarm GmbH / Alfred-Nobel-Str. 18 / 97080 Würzburg

Herzliche Einladung:



Wie geht es weiter
mit EUROPA?

Korbinian Rieger

Kandidat für das Europäische Parlament

Do. 25. April
20 Uhr

Bürgerzentrum 
Oberschleißheim
Theodor-Heuss-Straße 29

#EUROPAISTDIEANTWORT

Bau einer Straßenunterführung - eine Verschlimmbesserung für Oberschleißheim

Natürlich ist es nicht angenehm, an Werktagen nachmittags auf der B471 in Richtung Westen zu fahren und dann vor der geschlossenen Schranke im Stau zu stehen, der sich ab ca. 17:00 Uhr fast täglich bildet. Allerdings darf bei der Abwägung, was eine Straßenunterführung an dieser Stelle bringen würde, nicht vergessen werden, dass der Stau auf der B471 an der Anschlussstelle Oberschleißheim der A92 entsteht. Bei Stau im Allacher Tunnel wird die Abfahrt von der A92 priorisiert, aus Oberschleißheim kommen pro Ampelphase nur wenige Autos über die Kreuzung. Ab 16:00 Uhr ist es werktags fast unmöglich, in Richtung Dachau zu fahren. Zusätzlich führt der Rückstau auf der A99, der irgendwann bis Neuherberg reicht, dazu, dass Stauvermeider versuchen, auf der B471 als Alternativroute Richtung Dachau zu kommen. Dies führt dann dazu, dass sich eine Stunde später der Verkehr auf der B471 soweit aufgestaut hat, dass der Stau bis über die Schranke und an schlechten Tagen bis nach Lustheim reicht.

Daran ändert auch eine Straßenunterführung nichts. Der Stau auf der B471 würde bestehen bleiben und würde

durch die Unterführung zurück bis in den östlichen Ortsteil und an schlechten Tagen nach Lustheim reichen. Erst nach einem Ausbau der Anschlussstelle zum Kleeblatt, wie bereits in den Planungen der Autobahndirektion enthalten, würde sich der Stau auflösen und es könnten mehr Fahrzeuge von Oberschleißheim über die Autobahn nach Dachau kommen.

Hier wäre dann die Straßenunterführung aber schädlich. Schon heute fahren 120.000 KfZ täglich auf der A99, und es werden immer mehr. Von Seiten der Industrie wird bereits seit langem eine leistungsfähige Parallele zur A99 gefordert.

Diese wäre nur auf der Trasse der B471 realisierbar. Ein 4-spuriger Ausbau der B471 von Ismaning bis Hochbrück und von der A92 bis Karlsfeld wird bereits geplant. Fehlt nur noch der Umbau der bei der Verkehrskonferenz 2017 als Flaschenhals für den Verkehr bezeichnete Ortsdurchfahrt Oberschleißheim mit dem Bahnübergang. Eine gut ausgebaute Durchfahrt durch Oberschleißheim in Ost-West-Richtung würde dann weiteren Verkehr anziehen und die Abgase und

den Feinstaub erhöhen.

Die Straßenunterführung bietet also keine Lösung, verschandelt Oberschleißheim unwiederbringlich und wird die Gemeinde eine Stange Geld kosten, da die Gemeinde für die Fuß- und Radwege zuständig sein würde. Der Ausbau der Anschlussstelle der A92 und eine Ertüchtigung des Allacher Tunnels bringen mehr Entlastung für Oberschleißheim.

Die Fakten der gesamten Verkehrsentwicklung in Oberschleißheim müssen auf den Tisch, bevor unzulängliche Verkehrsplanungen realisiert werden. Ohne ein Verkehrskonzept mit Bürgerbeteiligung ist eine solche weitreichende Entscheidung fahrlässig! Stimmen Sie deshalb beim Bürgerentscheid mit

Nein

um diese irrsinnige Planung, mit der eine Autobahnparallele durch unseren schönen Ort manifestiert würde, zu verhindern.

Aktuelle Planung zur Unterführung - Fehlanzeige

Das von den Freien Wählern angestoßene Bürgerbegehren zur Straßenunterführung fordert, eine Straßenunterführung bei den zuständigen Behörden zu beantragen. In Diskussionen im Internet machen die Initiatoren dabei deutlich, dass sie für einen kurzen Tunnel sind. Die letzten Planungen für eine Straßenunterführung stammen aus dem Jahr 2000. Dennoch haben sich viele der damaligen Planungsgrundlagen bis heute nicht verändert, so dass viele Aspekte weiter gültig sind. Um eine Bundesstraße unter die Erde zu führen, sind gewisse Mindesthöhen einzuhalten, um Lastwagenverkehr zu ermöglichen. Dies gibt die Tiefe der Unterführung unter den Bahngleisen vor. Außerdem dürfen nur gewisse Mindeststeigungen verwirklicht wer-

den, damit Lastwagen weiterhin anfahren können. Aus diesen beiden Randbedingungen ergibt sich, dass die Unterführung an der Kreuzung B471/St2342 noch nicht wieder das Niveau der Staatsstraße erreichen kann. Da auch die Staatsstraße nicht abgesenkt werden kann aufgrund des Schlosskanals, muss die Unterführung unter der Staatsstraße hindurchgeführt werden und die direkte Abbiegemöglichkeit von der Staatsstraße auf die B471 entfällt. Die Unterführung kann erst auf Höhe der St. Margarethenstraße wieder an das Straßennetz angebunden werden. Zusätzlich muss die Unterführung südlich des Kanals gebaut werden, da ansonsten die Anwohner im Bereich der Schranke ihre Grundstücke nicht mehr erreichen könnten. Da einige

der benötigten Grundstücke mittelfristig verpachtet und bebaut sind, ist eine kurzfristige Realisierung der Straßenunterführung nicht möglich. Im Bild sehen Sie die letzte Planung der Straßenbaubehörde aus dem Jahr 2000 eingebettet in eine aktuelle Karte. Die Straßenunterführung würde von der Mittenheimer Straße bis zur St. Margarethenstraße gehen. Eine kürzere Straßenunterführung als die dargestellte ist technisch nicht möglich.



Florian Spirkel
Gemeinderat
Sprecher der
SPD-Fraktion

St.-Margarethen-Str

Feierabendstr.

Bahn

Mittenheimer Str.



Die letzte bekannte Planung des Straßenbauamtes Freising aus dem Jahr 2000

Worauf kommt es uns an? - Die wichtigsten Ziele der SPD und ihrer Spitzenkandidatin Katarina Barley im Überblick:



Katarina Barley

SPD Spitzenkandidatin
(Pressefoto: Götz Schlieser)

Die Idee von Verständigung und Freundschaft ist heute so klar und überzeugend wie niemals zuvor. Wir haben doch längst die Erfahrung gemacht, dass wir gemeinsam mehr erreichen. Weil viele Fragen nicht an den Grenzen der einzelnen Länder haltmachen. Klimaschutz, Globalisierung, digitaler Wandel. Und weil das so ist, sollten wir zusammenkommen und vereint Antworten entwickeln. Der Kopf sagt „Ja“ zu Europa. Und das Herz schlägt für unsere Vielfalt – für den Charme unserer unterschiedlichen Kulturen, die alle auf den gleichen Werten beruhen. Und lieben wir nicht die Freiheit, jeden Tag Neues zu entdecken? Gast sein zu dürfen bei Nachbarn und Freunden? Zu Hause in unserem Europa!

1. Frieden

Wie die meisten gehöre ich zu den glücklichen Menschen, die nie das Trauma eines Krieges erleben mussten. Dafür bin ich unendlich dankbar. In meinem Leben ist und war der Krieg aber trotzdem immer präsent, auf eine andere Weise. Denn dass es mich gibt, verdanke ich dem Mut von Menschen, wieder aufeinander zuzugehen und ihrer Versöhnung. Dem Wunder, dass aus ehemaligen Feinden Freunde werden können – und in meinem Fall sogar Familie. Durch die Liebe meiner Eltern, deren Landsleute sich wenige Jahre zuvor noch als Feinde gegenüberstanden.

2. Soziales Europa

Soziale Unterschiede abbauen. Das ist ein zentraler Ansatz – auch in Europa selbst. Stück für Stück. Da geht es zum Beispiel darum, dass jede und jeder selbstverständlich das Recht haben muss, fair bezahlt zu werden. Und es geht um Schutz und Sicherheit. Für die Busfahrerin hier ebenso wie in Portugal oder Tschechien. Für den Pfleger in Belgien ebenso wie in Italien. Und wir müssen den Wettbewerb über Sozialdumping stoppen.

3. Zukunft

Vieles kommt jetzt mit großer Geschwindigkeit auf uns zu – auf Deutschland, auf Europa, auf die ganze Welt. Ob es etwa die Klimakrise ist oder die Herausforderung durch die Migration. Und auch unser Konzept von Demokratie gerät auf einmal unter Druck. Das heißt doch: Wir müssen gemeinsam Lösungen finden. Und wir müssen sie schneller finden, als uns das zuletzt gelungen ist.

Quelle: <https://katarina-barley.spd.de/meine-ziele/> (zuletzt abgerufen am 24.03.2019).



Maria Noichl

Bayerische Spitzenkandidatin
(Pressefoto)



Korbinian Rieger

Kandidat Landkreis München
(Pressefoto)

Der SPD-Europaspot:
<https://youtu.be/yUYaZmFJd3A>

